

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 7 (1915)

Heft: 4

Artikel: Regeneration in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. Teil III, Weitere Mittel

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350395>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

obwohl auch hier sich langsam die Ansätze einer Besserung zeigen.

Die vorstehenden Ausführungen dürfen uns aber die einschneidenden Folgen, die der Krieg der Nachbarstaaten für das schweizerische Kapital — dieses Wort in seinem weitesten Sinne verstanden — nach sich gezogen hat, nicht hinwegtäuschen. Diese sind fürwahr nicht klein, wenn sie sich vorerst auch nicht in ihrem ganzen Umfange übersehen, sondern nur skizzieren lassen. Beginnen wir für heute die Schilderung dieser Wirkungen bei den schweizerischen Grossbanken, welche die kapitalkräftigsten Gebilde unseres Landes und zugleich die Träger eines Grossteils des gesamten Kreditverkehrs sind. Die sechs Grossaktienbanken der deutschen Schweiz (Schweizerischer Bankverein, Schweizerische Kreditanstalt, Basler Handelsbank, Schweizerische Bankgesellschaft, A.-G. Leu & Cie. und Eidgenössische Bank A.-G.) verfügten im Jahre 1914 über insgesamt 295 Millionen Franken Aktienkapital und über 97 Millionen Reserven (die Pensions- und Unterstützungsfonds nicht mitgerechnet) und sie erzielten auf diesen 392 Millionen eigener Mittel einen Reingewinn von 21,6 Millionen gegenüber einem solchen von 27,4 Millionen im Jahre 1913 und von 28,2 Millionen im Jahre 1912. Der diesjährige Reingewinn entspricht einer Verzinsung der eigenen Mittel zu $5\frac{1}{2}$ Prozent und des Stammkapitals zu 7 Prozent. Parallel mit der Abnahme des Reingewinns mussten sich auch die Aktionäre eine Kürzung ihrer Dividendeneinkünfte gefallen lassen: die genannten Banken verteilten insgesamt 19,86 Millionen Franken an Dividenden gegen 21,70 Millionen im Vorjahre, das ist im Durchschnitt des dividendenberechtigten Stammkapitals 6,7 Prozent gegen 7,5 Prozent vor Jahresfrist. Der Bankverein ist mit seiner Dividende von 8 auf 6 Prozent, die Bankgesellschaft und Leu von 7 auf 6 Prozent herunter gegangen, und auch die genossenschaftliche Grossbank, die Schweizerische Volksbank, hat ihren Anteilseignern 5 Prozent vergütet, das ist $\frac{1}{2}$ Prozent weniger als seit einer Reihe von Jahren, während die Kreditanstalt, die Basler Handelsbank und die Eidgenössische Bank auf den bisherigen Ansätzen beharren konnten.

Die Gründe, welche zu dieser Einbusse der Rentabilität der Grossbanken geführt haben, treten zutage, wenn man die Gewinn- und Verlustrechnung der einzelnen Institute einer nähern Musterung unterwirft. Der Nettoertrag des Wechsel- und Zinsenkontos ergab mit 32,0 Millionen Franken um rund eine halbe Million mehr als im Vorjahr. Dafür mussten aber auf dem Effekten- und Syndikatkonto von den sechs Instituten 4,0 Millionen Franken abgeschrieben werden, während das Vorjahr auf diesem Posten

einen Gewinn von 2,8 Millionen einbrachte. Da andererseits die Unkosten und Steuern mit 16,8 Millionen (Vorjahr: 17,1 Millionen Franken) sogar um eine Kleinigkeit abgenommen und die Provisionseinnahmen sich mit 12,3 Millionen um ein wenig erhöht haben, so liegt auf der Hand, dass die Abschreibungen, welche durch die Entwertung der Effekten und Beteiligungen notwendig wurden, die Hauptschuld an dem Rückgang des Erträgnisses haben. Es ist übrigens anzunehmen, dass die durch die Effektenentwertung verursachte Verheerung in Wirklichkeit eine grössere ist, als aus dem Bilanzstudium hervorgeht, da wohl auch in grösserem oder geringerem Umfange zur Deckung derselben die sogenannten stillen oder inneren Reserven herangezogen wurden. Erwähnt sei, dass von den Unkosten und Steuern bei den sechs Grossaktienbanken 73 Prozent (Vorjahr: 71 Prozent) und bei der Schweizerischen Volksbank 56 Prozent (Vorjahr: 59 Prozent) aus dem Ertrag der Provisionen gedeckt wurden.»

Trotzdem der Berichterstatter sich Mühe gibt, zu beweisen, dass die Situation für Geldgeschäfte in der Schweiz gar nicht so übel aussieht, zeigen doch die Kapitalisten betrühte Gesichter, wenn sie keine Extraprofite oder gar weniger Profit machen konnten als dies vor dem Krieg der Fall war. Vom Lohnarbeiter jedoch, dessen Einkommen durch Krise und Teuerung zusammen um 50 Prozent oder mehr vermindert oder entwertet wurde, erwartet man, dass er Gott und dem Staat danken soll, dass er überhaupt noch lebt und nicht wie seine Klassengenossen in den kriegführenden Staaten sein Leben für kapitalistische Interessen aufs Spiel setzen muss.



Regeneration in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

III. Weitere Mittel.

Im zweiten Abschnitt unserer Ausführungen war von der *Orientierung* und von der *Propaganda* die Rede. Beides sind keine neuen Mittel. Es kann sich deshalb nur darum handeln, bei der in Aussicht stehenden besondern Besprechung zu zeigen, welche Anwendung diese alten Mittel unter den veränderten Verhältnissen finden müssen, um die notwendige Regeneration innerhalb unserer Gewerkschaftsbewegung in absehbarer Zeit zu bewirken. Als weitere notwendige Mittel, die wir eigentlich zum voraus als unerlässliche Vorbedingungen dauernder Erfolge bezeichnen möchten, kommen ferner in Betracht:

Die Zentralisation, zum mindesten der engere Zusammenschluss der Gewerkschaften und die

Förderung systematischer Bildungstätigkeit innerhalb der Gewerkschaften.

Auch diese Mittel bilden, soweit ihre praktische Anwendung in Frage kommt, Probleme für sich, die spezieller Erörterungen bedürfen. Es soll daher hier nur auf deren Bedeutung als Teilaktionen oder Bestandteile eines grösseren Gesamtwerkes hingewiesen werden.

Der *Zusammenschluss der Gewerkschaften* ist sowohl im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung (unter der wir die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Bewegung verstehen) wie im Interesse der Gewerkschaftsbewegung für sich, notwendig.

Wenn wir scheinbar im Widerspruch mit unsern Friedensbestrebungen gleichzeitig erklären, auf dem Boden des Klassenkampfes zu stehen, so nur deshalb, weil die besitzenden Klassen das Proletariat zwingen, entweder für immer auf ein menschenwürdiges Dasein und einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum wie am eigenen Arbeitsprodukt zu verzichten oder den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung bis zur völligen Befreiung aus jeder Sklaverei zu führen.

Gerade der Weltkrieg zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, dass die Arbeiterklasse von den herrschenden Klassen nicht nur politisch unterdrückt, geistig bevormundet und wirtschaftlich ausgebeutet wird. Wir sehen hier die Proletarier beinahe aller Länder gezwungen, um die höchsten politischen und wirtschaftlichen Interessen der Bourgeoisie sich gegenseitig blutig zu bekämpfen. Wir haben somit nur die Wahl zwischen dem Kampf für unsere eigene Sache und dem Kampf für die Sache unserer sozialen Gegner.

Dabei besteht noch der Unterschied, dass, soweit dies von uns abhängt, der proletarische Kampf weder mit Schiessprügeln noch mit Bajonetten oder mit Schnellfeuerkanonen geführt werden soll.

Ist man einmal über die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes im klaren, dann kann man unmöglich zu einem andern Schluss kommen, als zu dem, dass der Erfolg sowohl der Arbeiterbewegung im allgemeinen als der Gewerkschaftsbewegung im besondern *eine Machtfrage* ist und bleibt.

Diese Erkenntnis ist schon seit langer Zeit bei einem Teil der Arbeiterschaft durchgedrungen. Ihr verdanken wir die Gründung politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen.

Leider ist es nur der kleinere Teil der Arbeiterklasse, der bisher dieser Erkenntnis zugänglich war, und hiervon ist wieder nur ein Teil fähig, so zu handeln wie es notwendig ist,

damit schliesslich die Arbeiterklasse eine grössere Macht zu entfalten vermag als die, die ihren Gegnern zu Gebote steht.

So sehen wir zum Beispiel die kleinen aber lärmenden Gruppen der Anarchisten und Anarchosyndikalisten fest an ihrem Glauben kleben, es genüge, die bestehenden Gesellschaftszustände fortgesetzt zu kritisieren, alles was aus der bestehenden Gesellschaftsordnung hervorgeht vorweg zu verdammen und die allgemeine Solidarität der Lohnarbeiterklasse zu predigen, um schliesslich revolutionäre Massenaktionen auszulösen, die mit jeder Ausbeutung und Unterdrückung so gründlich aufräumen, dass kein lebensfähiges Individuum mehr behindert ist, durch eigene Arbeit zu Wohlstand und Freiheit zu gelangen.

Dass es ihnen bisher trotz eifriger Propaganda und zahlreicher Versuche, im kleinen revolutionäre Aktionen in Szene zu setzen, nicht einmal gelungen ist, für ihre Anschauung den zehnten Teil der Anhänger zu gewinnen, die die von ihnen als rückständig verachtete moderne Arbeiterbewegung bereits gewonnen hat, scheint für die Anarchosyndikalisten belanglos zu sein. Wenigstens fahren sie fort, auf Ereignisse zu hoffen, die einen für sie günstigen Umschlag in den Volksmassen bringen sollen.

Ganz abgesehen davon, dass zur dauernden Ueberwindung der Macht, die den herrschenden Klassen zu Gebote steht und noch mehr, zur Verwirklichung besserer Gesellschaftszustände doch etwas mehr gehört als eine plötzliche Empörung verzweifelter Volksmassen, zeigt der europäische Krieg, dass mit philosophischen Spekulationen allein nicht viel zu machen ist.

Wir haben aus eigener Erfahrung feststellen können, dass es eines andauernden mühevollen Vorbereitungswerkes bedarf, um nur einen Teil der Arbeiterschaft zur Erkenntnis ihrer Klasseninteressen zu bringen, und um sie zu bewegen, dieser Erkenntnis entsprechend zu handeln. Dabei sind die bisher von der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft geforderten Opfer gering im Vergleich mit den Opfern, die die Arbeiterklasse noch bringen muss, um ihre Emanzipation zu verwirklichen. Gerade individualistisch veranlagte Elemente zeigen wenig Lust, für die Gesamtinteressen ihrer Klasse schwere Opfer zu bringen, sobald sie einsehen, dass der Kampf gegen die Bourgeoisie mehr erfordert als Momentbegeisterung.

Im Grunde beruht ja die anarchosyndikalistische Propaganda auf dem Glauben, rascher und billiger zum Ziel zu gelangen, als die langsam wirkende moderne Arbeiterbewegung mit ihrem komplizierten und scheinbar kostspieligen Organisationsapparat.

Demgegenüber glauben wir, mit gutem Recht behaupten zu dürfen, dass Leute, die einen Wochenbeitrag in der Höhe von einem oder zwei Stundenlöhnen scheuen, die es nicht über sich bringen, den zur Sammlung der proletarischen Kräfte notwendigen Vorbereitungen einige Aufmerksamkeit zu schenken, die es für unmöglich halten, ihren Willen dem Kollektivwillen ihrer Arbeitsbrüder oder Klassengenossen zeitweise unterzuordnen, nicht fähig wären, die Opfer und Strapazen zu ertragen, die eine in ihrem Sinne eingeleitete soziale Revolution mit sich bringen müsste.

Darum halten wir, trotz allen Mängeln die ihr anhaften, fest an der Organisation als unerlässliche Vorbedingung für das Proletariat, um wirtschaftlich und politisch zu Macht und Erfolg zu gelangen.

Es wäre jedoch falsch, deswegen die mit mehr oder minder Berechtigung kritisierten Mängel, die unsern Organisationen anhaften, unbeachtet zu lassen.

Vorerst sei festgestellt, dass sowohl in unserer politischen wie in unserer gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung häufig eine Taktik befolgt wird, die nicht geeignet ist, der Arbeiterklasse zu Macht und Einfluss zu verhelfen.

Die politischen wie die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft sind nicht nur klein und schwach im Vergleich mit der Masse der indifferenten Arbeiter und mit den mächtigen Verbindungen der besitzenden Klassen. Um kleine und kleinste Momentvorteile zu erhaschen, die meist nur einem Teil der Arbeiter zugute kommen, versäumen wir es, für die gemeinsamen Klasseninteressen alle Macht und allen Einfluss geltend zu machen, die die bestehenden Organisationen gemeinsam aufbringen könnten.

In der politischen Arbeiterbewegung werden staatliche oder sogenannte nationale Interessen vielfach über die Klasseninteressen der Arbeiter gestellt, d. h. die Mehrzahl unserer politischen Führer handelt so, als ob die Klasseninteressen der Arbeiter mit den Kollektivinteressen des Bürgertums, die als öffentliche, staatliche oder nationale Interessen bezeichnet werden, identisch seien. In einer Verallgemeinerung sozialer Bestrebungen wird der Klassenkampf des Proletariats von seinem eigentlichen Ziel abgelenkt, dabei werden Mittel und Kräfte der Arbeiter häufig für Zwecke verbraucht, die mit den sozialen Interessen des Proletariats wenig oder nichts zu tun haben. Bei der sogenannten praktischen Opportunitätspolitik sucht man es in erster Linie einer möglichst grossen Zahl von stimmberechtigten Bürgern recht zu machen, die Bedürfnisse der Arbeiterklasse kommen nur so-

weit in Betracht als sie diesem Bestreben nicht zuwiderlaufen.

Daher müssen die Arbeiter ausser der politischen Organisation noch eine Organisation haben, die ihren besondern Arbeiterinteressen dient, das ist die Gewerkschaft.

Indem die Gewerkschaften sich in erster Linie mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu befassen haben und im Bestreben, für ihre Mitglieder möglichst günstige Arbeitsverhältnisse zu erlangen, zunächst die Mittel anwenden müssen, die die Stellung des Arbeiters als Produzent bietet, muss die einzelne Gewerkschaft darnach streben, die Arbeiter nach Berufen oder Industrien möglichst vollzählig zu organisieren. Lohnbewegungen werden immer noch am zweckmässigsten berufsweise durchgeführt, soweit nicht Forderungen oder Aktionen in Frage kommen, die gleichzeitig die Arbeiter mehrerer Berufe betreffen.

Die Notwendigkeit, durch sichtbare Momentvorteile die Arbeiter dauernd für die Gewerkschaft zu gewinnen, rief den Unterstützungseinrichtungen, die sich bei den mehrheitlich aus qualifizierten und stabilen Arbeitern zusammengesetzten Gewerkschaften zu sehr vorteilhaften Spar- und Vorsichtskassen zu entwickeln vermochten.

Die berufliche Scheidung, am Anfang viel weitgehender als heute, und die verschiedenartigen Chancen, die sich für ihre Entwicklung und ihr Handeln den Gewerkschaften boten, haben in der Gewerkschaftsbewegung Erscheinungen hervorgerufen, die der Klassensolidarität und den Klasseninteressen der Arbeiter schädlich sind.

Stellen die Anarcho-Syndikalisten zu viel ab auf das Prinzip allgemeiner Klassensolidarität im Proletariat, so kann vielen Berufsverbänden der Vorwurf gemacht werden, dass sie die Bedeutung dieses Prinzips zu gering einschätzen und nur schwer dazu zu bewegen sind, über die Grenzen ihres Berufes hinaus Anschlüsse an die übrige Arbeiterschaft zu suchen und Solidarität zu üben.

Bessergestellte Arbeiter vergessen zu bald, dass innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Verbesserungen, die einzelnen Gruppen gewährt werden, zum Teil bald wieder illusorisch gemacht oder deren Kosten auf andere schlechter gestellte Arbeitergruppen abgewälzt werden. Es gab eine Zeit, wo Vergünstigungen, die den in öffentlichem Dienst oder im Dienst von Genossenschaften stehenden Arbeitern und Angestellten gewährt wurden, die Wirkung hatten, dass diese sich von der übrigen Arbeiterschaft absonderten, es ihr überliessen, allein den Kampf um gemeinsame Rechte, um die Klasseninteressen des Pro-

letariats auszufechten. Heute können wir konstatieren, dass, wenn auch mühsam, so doch in zunehmendem Masse, die Erkenntnis sich Bahn bricht, dass dauernde Erfolge für die Lohnarbeiter nur zu erreichen sind, wenn alle sich gegenseitig helfen. Es muss jedoch noch viel mehr geschehen, wenn die Arbeiterschaft die Macht und den Einfluss, die sie heute schon ausüben kann, voll zur Geltung bringen will.

Selbstverständlich haben die fortgeschrittenen oder günstiger gestellten Arbeitergruppen das Recht, von denen, die ihre Hilfe begehren, zu verlangen, dass sie die Voraussetzungen dafür schaffen, damit die ihnen gebotene Hilfe wirksam sei.

Es geht nicht an, den stärkern immer Solidarität zu predigen, so lange die schwächeren Organisationen sich nicht entschliessen können, die Massnahmen zu treffen, durch die eine Hilfeleistung fruchtbar wird.

Gegenwärtig liegen die Verhältnisse in der Schweiz so, dass neben einzelnen starken und leistungsfähigen Verbänden ein ganzer Rattenkönig kleiner und kleinster Verbände bestehen, die trotz aller Anstrengungen und trotz Hilfeleistung von aussen es nie auf einen grünen Zweig bringen werden. Ihre Organisation vermag nicht Schritt zu halten mit der Entwicklung der Unternehmervverbände, vermag sich den Veränderungen technischer Natur im betreffenden Industriezweig nicht genügend anzupassen. Die Ausgaben für Propaganda, Verwaltung und andere eigene Bedürfnisse des Verbandes sind so gross, dass für Unterstützung der Mitglieder oder zur Durchführung von Lohnkämpfen zu wenig übrig bleibt.

Hier muss ein weiterer Zusammenschluss der Gewerkschaften stattfinden. Die Bildungsbestrebungen innerhalb unserer Gewerkschaftsverbände müssen daher in erster Linie darauf gerichtet sein, die Mitglieder grosser, besser gestellten Gewerkschaften mehr als bisher über die Notwendigkeit weitgehender Solidarität gegenüber den schwächeren, zurückgebliebenen Arbeitern aufzuklären. Gleichzeitig handelt es sich darum, den Mitgliedern kleiner, schwacher Verbände zu zeigen, dass erst durch engern Zusammenschluss ihre Organisationen zu mehr Macht und Einfluss, zu bessern Erfolgen in allen ihren Aktionen gelangen können.

(Fortsetzung folgt.)



Fronddienste und Agrarier-Patriotismus.

Wie soll das enden? fragt sich mit Recht der Lohnarbeiter, wenn ihm fast täglich seine Frau von neuen Preisaufschlägen auf dem Lebensmittelmarkt berichtet. Im gleichen Moment, wo

die Wirtschaftskrise ihn ständig in Angst und Sorge um Arbeitsgelegenheit schweben lässt, muss er sich die Verteuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel ohne Widerrede gefallen lassen, weil er von berufener Seite immer wieder belehrt wird, dass die allgemeine Marktlage diese Erscheinung bewirke. Bisher hat man auch noch nichts davon gemerkt, dass die Grossbauern, denen die erhöhten Preise zugute kommen, in anderer Weise bereit wären, das Los der besitzlosen Volksgenossen mildern zu helfen. Im Gegenteil zeigt alles, was bisher über deren Entschlüsse bekannt wurde, die Tendenz, nicht nur die hohen Preise zu halten, nachdem der Krieg vorüber ist, sondern durch das Mittel vermehrter indirekter Steuern sollen die hohen Kosten der Aufrechterhaltung unserer löblichen Staatsordnung den Konsumenten d. h. grössten-teils der Arbeiterklasse aufgehalst werden.

Gleichsam um ihrer egoistischen Haltung die Krone aufzusetzen, wird dem Staat zugemutet, dass er die zur Verteidigung der Landesgrenzen aufbotenen Truppen teilweise als Arbeitskräfte unentgeltlich den Bauern zur Verfügung stelle. Aus einem kürzlich in der Tagespresse erschienenen Befehl, den der Generaladjutant erlassen hat, erfahren wir folgendes:

«Das Schweizerische Wirtschaftsdepartement hat darum ersucht, dass im Interesse der Nahrungsmittelversorgung des Landes die Frühjahrsfeldbestellung durch die Armee mit Arbeitskräften unterstützt werde.

Der General will diesem Gesuche entgegenkommen.

1. Die Truppenkommandanten werden hiermit ermächtigt, in ihrem Truppenrayon für Hilfe bei landwirtschaftlichen Arbeiten Soldaten und Gespanne zu verwenden.

2. Das darf nur geschehen, soweit die militärischen Interessen, Kriegstüchtigkeit und Kriegsbrauchbarkeit, nicht Schaden leiden.

3. Die Arbeitshilfe ist unentgeltlich.»

Würde es sich nur darum handeln, armen Kleinbauern oder Pächtern, denen durch die Mobilisation die Arbeitskräfte entzogen wurden, zu Hilfe zu kommen, dann hätten wir nichts gegen solche Massnahmen einzuwenden, vorausgesetzt, dass den Wehrmännern die Freiheit garantiert bleibt, zwischen solcher Arbeitsleistung und dem Militärdienst zu wählen. Wir denken, auch die höchsten militärischen Machthaber seien nicht berechtigt, über die zum Militärdienst aufbotenen Bürger zu andern Zwecken zu verfügen. Immerhin würden wir es sehr begrüssen, wenn die Armee lieber produktive Arbeiten verrichten wollte, als allerlei kostspielige Manöver mitzumachen. Nun aber liegen die Dinge so, dass bei dem winzigen und zerstückelten Besitz